INI1 Schluss mit ausbeuterischer Pflege

Antragsteller*in: Stadtbezirk Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: JUBV

Antragstext

Es gibt kaum einen Arbeitsbereich, über dessen Stellenwert innerhalb des letzten Jahres mehr diskutiert wurde, als die Pflege. Dabei muss differenziert werden zwischen Mitarbeitenden in der Altenpflege und Mitarbeitenden in der Krankenpflege.

Die Entscheidung der Caritas, einem flächendeckenden Tarif nicht zuzustimmen und damit eine komplette Generalüberholung der Löhne innerhalb der Altenpflege zu torpedieren ist ein Hohn, wenn man bedenkt, dass hier Menschen arbeiten, die sich täglich unter den widrigsten Bedingungen um andere Menschen kümmern und diese versorgen. Nicht nur die schlechte Bezahlung, die in der Altenpflege noch prekärer ausgeprägt ist als in der stationären Pflege im Krankenhaus, sondern vielmehr auch die Rahmenbedingungen erschweren ein dauerhaftes Verbleiben im Beruf. Hierzu gehören insbesondere der große Stress, emotionale Belastungen durch Interaktionsstrukturen, der Schichtbetrieb, die Wochenend- und Feiertagsarbeit, unflexibel gestaltbare Arbeitszeiten, die Repressalien seitens Bewohner*innen oder der Angehörigen, ein immenser Zeitdruck innerhalb der Arbeitsstruktur und ethische Dilemmata, mit denen Pflegende täglich konfrontiert werden. Nicht grundlos gibt es viele Pflegefachpersonen, die frühzeitig aus ihrem Beruf ausscheiden und angeben, zurückkehren zu wollen, wenn sich die Rahmenbedingungen verbessern würden.

Endlich für flächendeckend einheitliche, tarifgebundene Löhne zu sorgen, wäre ein richtiger erster Schritt gewesen, um die Altenpflege angemessen zu würdigen und zu entlohnen.

Daher ist eine unserer Kernforderungen nach wie vor die Durchsetzung von tarifgebundenen Löhnen für die Altenpflege, unabhängig von den Träger*innen.

Gleichzeitig müssen die Strukturen innerhalb der Altenpflege deutlich modifiziert werden. Durch die Umstrukturierung der Pflegeausbildung zu einem generalistischen Abschluss besteht ein Risiko, dass noch weniger Auszubildende

nach ihrem Examen in der Altenpflege verbleiben, da sie in anderen Einrichtungen wie etwa Krankenhäusern besser bezahlt werden und der generalistische Abschluss deutlich mehr Flexibilität in der Berufswahl ermöglicht. Das heißt, es besteht ein Risiko, dass sich der Personalnotstand in der Altenpflege noch verschärft, anstatt sich zu verbessern.

Daher braucht es insbesondere im Altenpflegeberuf klare Regelungen.

Ähnlich wie im Akutkrankenhaus bedarf es auch in der Altenpflege bindende Personaluntergrenzen.

Diese dürfen nicht unterschritten werden und unter keinen Umständen als ein Minimalkonsens gesehen werden, sondern sollten viel mehr nur im Notfall greifen. Daher dürfen sich auch die Kostensätze für Pflegeleistungen nicht anhand der Personaluntergrenzen berechnen, sondern realistische Zahlen einsetzen.

Ein weiteres Problem sind die Mitbestimmungs- und Arbeitskampfstrukturen der Mitarbeiter*innen bei Altenpflegeeinrichtungen in kirchlicher Träger*innenschaft. Durch gesetzliche Regelungen sind beispielsweise nur Personalvertretungen wählbar, um die Interessen der Mitarbeitenden zu vertreten.

Hier ist eine Reform nötig, die eine Wahl eines Personalrates, sowie einer Jugend- und Auszubildendenvertretung ermöglicht.

Damit würde gleichzeitig eine stärkere Partizipation der Gewerkschaften innerhalb kirchlicher Einrichtungen ermöglicht, wodurch es Mitarbeitenden in Altenpflegeeinrichtungen auch erleichtert bzw. ermöglicht werden könnte, zu streiken.

Das Kirchengesetz muss dahingehend verändert werden, dass Mitarbeitenden ein Streikrecht zugestanden werden muss.

Außerdem bedarf es einer stärkeren Regulierung der Arbeitszeiten von Pflegenden. Nach aktuellem Stand ist es möglich, Pflegende mehrere Tage hintereinander, ohne wirklichen Freizeitausgleich einzuplanen, indem mit Schichtverschiebung ein freier Tag suggeriert wird (durch Einhaltung der Ruhezeiten), ohne dass Pflegende wirklich einen kompletten freien Tag haben.

Daher fordern wir weiterhin einen echten Freizeitausgleich nach einem längeren Arbeitseinsatz. Pflegende, die im gerontopsychiatrischen Bereich (Demenzpflege) arbeiten, brauchen darüber hinaus aufgrund ihrer verstärkten psychischen Belastung bei der Arbeit verstärkte Erholungsphasen.

Nach aktuellem Status Quo ist es erlaubt, Pflegende neun Tage hintereinander einzusetzen. Dies ist sowohl emotional als auch körperlich sehr anstrengend und schmälert die Attraktivität des Berufes. Vor allem Altenpfleger*innen, die

teilweise anderen psychischen Belastungen (bspw. Umgang mit Demenz, Tod oder Pflegenden mit herausforderndem Verhalten) ausgesetzt sind, brauchen diese vermehrte Erholungszeit.

Aus diesem Grund muss die Begrenzung der Arbeitstage, die ohne Freizeitausgleich verrichtet werden dürfen, auf fünf Tage gedeckelt werden.

Gleichzeitig muss verstärkt dafür geworben werden, dass junge Menschen eine Ausbildung in der Altenpflege anstreben und der Beruf muss nachhaltig an Attraktivität gewinnen.

Unterstützer*innen

Tim Schleheck (Stadtbezirk Innenstadt), Johanna Liebe (Stadtbezirk Mülheim), Florian Schuster (Stadtbezirk Innenstadt), Madeleine Raabe (Jusos Köln), Martin Heinen (SB Rodenkirchen), Paula Risius (Stadtbezirk Kalk), Valery Keuter (Stadtbezirk Rodenkirchen), Benedikt Ruppert (SB Lindenthal), Kerim Hajji (SB Ehrenfeld), Sarah Kaminski (SB Rodenkirchen), Eva Roßbach (SB Lindenthal), Paulina Eßer (SB Nippes), Peter Eich (Stadtbezirk Nippes), Kathi Letzelter (Jusos Lindenthal), André Hartig (Jusos Köln-Lindenthal), Niklas Krüger (Stadtbezirk Ehrenfeld), Seyhan Arpaci (SB Ehrenfeld), Nici Kempfer (SB Kalk), Amarpreet Kaur Bagiana (SB Ehrenfeld), Carsten Hartmann (Jusos Nippes), Aylin Yildirim (Jusos Nippes), Kevin Mbayabu (SB Ehrenfeld), Julian Chatterjee (Jusos Köln-Lindenthal), SB Rodenkirchen (Andre Burghardt), Yasmin Frommont (Jusos Ehrenfeld), Sebastian Schirner (Jusos Lindenthal), Joana Krämer (Jusos Ehrenfeld), Dennis Krüger (OV ehrenfeld), Lena-Marie Snelting (SB Ehrenfeld), Maxine Hybner (SB Lindenthal), Tim Podleschny (Jusos Lindenthal), Alicem Polat (Stadtbezirk Innenstadt), Lukas Oberhoff (SB Mülheim), Aurore Karamoko (Jusos Köln Kalk), Florian Bauch (Jusos Kalk), Sascha Grünewald (SB Nippes), Lars Gemmer (Innenstadt), Jan Diers (SB Ehrenfeld), Melvin Klein (SB Ehrenfeld), Timon Marland (SB Rodenkirchen), Max Johanns (SB Rodenkirchen), Eva Schiffels (SB Köln-Mülheim), Merle Müller (Stadtbezirk Innenstadt), Mattis Dieterich (Jusos Chorweiler), Ronja Rink (SB Innenstadt), Franziskus Vohn (Jusos Innenstadt), Theodor Jost (SB Innenstadt), Peter Eich (Stadtbezirk Nippes), Gloria Sengoba (SB Chorweiler)